

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Erstein an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsbetriebe, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.65 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in 1000: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 1/2, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 1/2; amtlich 1 mm 30 1/2 und 24 1/2; Reklame 25 1/2. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontroversfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Großhörsdorf, Bretzig, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Wichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von F. F. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 301

Freitag, den 28. Dezember 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Nach einer Mitteilung des Deutschen Lufttrates hat die Federation Aeronautique (FAI) jetzt die Rückreise des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ von Lakehurst nach Friedrichshafen in der Zeit vom 29. Oktober bis 1. November ds. Jahres mit einer Entfernung von 6384,500 Kilometern als Weltrekord der Klasse B (Luftschiffe) anerkannt.
In der Zeit vom 3. November bis 22. Dezember starben nach einer amtlichen Zählung nahezu 10 000 Menschen in den Vereinigten Staaten an der dort herrschenden Grippeepidemie. Seit Mitte Dezember sind fast 250 000 neue Grippeerkrankungen gemeldet worden.
In ganz Polen hat sich während der Weihnachtstage ein starker Witterungsumschwung vollzogen. Nach der strengen Kälte sind jetzt überall zwei bis drei Wärmegrade zu verzeichnen.
Wie das englische Arbeitsministerium bekannt gibt, betrug die Zahl der Erwerbstätigen in Großbritannien in der am 17. Dezember endenden Woche 1 271 000, was gegenüber der Vorwoche eine Verminderung um 49 812 darstellt.
Gouverneur Smith (New York) wird sein Amt in aller Stille niederlegen, um in Zukunft in Albany (New York) als Privatmann zu leben.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

(Vor den Aufnahmeprüfungen.) Am 4. und 5. Februar finden die Aufnahmeprüfungen für die Sexta der höheren Schulen statt. Je größer der Andrang, umso geringer die Aussicht auf Aufnahme. Besondere Sorge um die Zukunft der Kinder führt die Eltern zu dem Versuch, durch Vorbereitungsstunden den Erfolg in der Aufnahmeprüfung zu erwirken. Eine solche Vorbereitung ist für Kinder, die durch Krankheit oder andere Umstände längere Zeit der Schule fern bleiben mußten, noch zu verstehen. Wenn aber bei normalem Besuche der Grundschule die Leistungen ungenügend bleiben, wenn womöglich der Lehrer der Grundschule von einem Liebergang zur höheren Schule abgeraten hat, dann sollten einsichtige Eltern von Versuchen, durch Vorbereitungsstunden die Aufnahme in die höhere Schule zu erreichen, absehen. In den meisten Fällen wird ein solches Kind schon das Penjum der unteren Klassen nicht ohne regelmäßigen Nachhilfenunterricht erledigen, später wird der Abschluß in der Klasse überhaupt nicht mehr erreicht werden. Eigenbleiben, verbitterte Stunden bei Eltern und Kindern, viele andere Enttäuschungen machen den jungen Menschen nicht lebensfähiger. Aber einmal wird der Knoten schon reifen und das Interesse für die Wissenschaft noch kommen. Wieviel große Männer waren doch Spätentwickler. Gewiß läßt sich die zukünftige Entwicklung eines zehnjährigen Kindes nicht bis ins einzelne voraussagen; eine gewisse Vorliebe, die Neigung etwa für mehr geistige oder mehr praktisch-technische Dinge wird um diese Zeit aber schon sichtbar. Von solchen Feststellungen aus sollten die Eltern ihre Entscheidung darüber treffen, ob sie ihr Kind auf eine hohe Schule schicken oder eine andere Ausbildung wählen. Die Kinder, die eine Anlage zur höheren geistigen Leistungsfähigkeit besitzen, sollen natürlich über die höhere Schule zur Universität. Der Gemeinschaft selbst muß an solcher Auslese gelegen sein, und die Gemeinschaft muß, da in allen Volksschichten derartige Begabungen sich regen, dort helfen, wo die wirtschaftliche Lage der Eltern die Ausbildung der Kinder nicht möglich macht. Daneben gibt es aber noch Bildungsmöglichkeiten genau, die den Erfordernissen künftiger Berufs vollständig Rechnung tragen. Manchmal stellt sich erst in den letzten Jahren der Volksschule heraus, daß ein Kind für einen geistigen Beruf geeignet ist. Diese Kinder können auf den Aufbauschulen nach sechsjährigem Lehrgange die Hochschulreife erlangen. Ueber diese Bildungsweg wird der Lehrer der Grundschule oder der Schulleiter gern Auskunft geben. Gerade im letzten Grundschuljahre sollten die Eltern, wenn sie es vorher nicht schon getan haben, mit dem Lehrer ihrer Kinder in Verbindung treten, um sich in gemeinsamer Beratung über Veranlagung und über die weitere Ausbildung des Kindes auszusprechen. Es handelt sich um das zukünftige Wohl des Kindes, um das Glück, das ihm aus einer zufriedenstellenden Arbeit werden soll.

(Zauwetter) Nachdem noch am Heiligen Abend und am ersten Feiertag Frostwetter geherrscht hatte, trat in der Nacht zum zweiten Feiertag ein Witterungsumschlag ein, der am zweiten Feiertag unter dem Einfluß eines warmen Südwindes bei 3—4 Grad über Null in regelrechtes Tauwetter überging und wenigstens in der Stadt, zum Teil auch in höheren Lagen der Winterherrlichkeit ein schnelles Ende bereitere.

Obersteina. (Weihnachtsaufführung) Wie alljährlich, veranstaltete der hiesige Männergesangsverein am 1. Weihnachtsfeiertag ein Gesangskonzert mit Theateraufführung im Gasthof zur goldenen Krone. Der Verein war noch vom letzten Theaterabend in guter Erinnerung, und war daher der Saal dicht gefüllt. Nach kurzer, doch markiger Begrüßung durch den umsichtigen Vorsitzenden, Herrn Hermann Kühne II, leitete der gemischte Chor mit dem Liede „In der Christnacht“ von A. Henschel die Aufführung ein. Diesem eindrucksvoll, gut vorgeführten Liede folgten in bunter Reihe mehrere Männer- und gemischte Chöre, welche unter der tüchtigen Leitung des Dirigenten, Herrn Herbert Wendi, Möhnsdorf, gut zur Ausführung kamen. Als vorzüglich ge-

Die franz. Saarverwaltung fördert eine neue Separatistenbewegung

Der österreichische Bundespräsident zur Anschlussfrage — Sozialdemokratische Richtlinien der Wehrpolitik

Soziale Krise im Saargebiet.

Die französische Saarverwaltung fördert eine neue Separatistenbewegung.

Sochum. Im Saargebiet ist infolge des offenbar von politischen Motiven bestimmten diktatoralen Vorgehens der Saargrubenverwaltung eine neue ernste soziale Krise entstanden. Infolge der zunehmenden Steuererhöhung hatten die am Tarif für den Saarbergbau beteiligten Gewerkschaften, und zwar der Deutsche Bergarbeiterverband und der Gewerksverein Christlicher Metallarbeiter, eine tarifmäßige Lohnerhöhung gefordert. Die französische Grubenverwaltung zeigte sich zwar grundsätzlich zu einer Lohnerhöhung bereit, die jedoch nach einem Staffelsystem zur Auswirkung kommen sollte, das von den Gewerkschaften entschieden abgelehnt wurde, da nach ihm einzelne Bergarbeitergruppen nur eine Erhöhung von 7 Centimes, andere jedoch von 5—6 Francs je Schicht erhalten sollten.

Das Lohnsystem der französischen Grubenverwaltung gewährt nach Auffassung der Gewerkschaften zwar vereinzelt hohe Gehälter, die jedoch nur auf Kosten der niedriggehaltenen Durchschnittslöhne gewährt werden. Nachdem die mit den Gewerkschaftsvertretern gepflogenen Verhandlungen ergebnislos geblieben sind, verlangt die französische Grubenverwaltung ultimativ die Unterzeichnung ihres neuen Lohn-tarifs. Die Gewerkschaften lehnten dies ab und erbat einen Aufschub um einige Tage. Dieser Wunsch wurde von der französischen Grubenverwaltung nicht erfüllt, die nunmehr ihr Lohnedikt auf den Bechen durch Anschlag bekanntgab.

Die Bergarbeiterverbände schritten zu Gegenmaßnahmen und forderten ihre Mitglieder auf, keinen Gedingeaßschluß auf Grund der neuen Regelung zu tätigen, sowie dem Lohnedikt den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Von gewerkschaftlicher Seite wird erklärt, daß dem Vorgehen der französischen Grubenverwaltung politische, und zwar separatistische Beweggründe zugrunde liegen. Die neue Lohnregelung sei die Auswirkung eines politischen Intrigenspiels, das die Führer des vor kurzem unter voller Unterstützung der französischen Regierung ins Leben gerufenen Saar-Einheitsbundes mit ihrem Versprechen von hohen Löhnen für ihre Mitglieder antündigten. Die tarifbeteiligten Gewerkschaften warnen die Arbeiterschaft vor dem neuen Separatistenklub und behalten sich neue Maßnahmen vor.

Der österreichische Bundespräsident zur Anschlussfrage

Wien, 28. Dez. Der österreichische Bundeskanzler Miklas veröffentlicht in der Salzburger Chronik einen Weihnachtsartikel, in dem er auf die Zugehörigkeit des österreichischen Stammes zum großen deutschen Volke hinweist. In dem Artikel heißt es u. a., daß die Festtage des Sommers dem österreichischen Volke den klaren Zusammenhang lang ihrer Herzen mit denen der Brüder im Deutschen Reich gezeit hätten. Wenn auch Grenzspähle beide Länder trennten, so gehörten doch alle zusammen zu einem Volke.

Sozialdemokratische Richtlinien der Wehrpolitik

Berlin, 28. Dezember. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Kommission zur Prüfung des Wehrproblems, die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei eingesetzt worden ist, Richtlinien für ein Wehrprogramm aufgestellt, die der Vorsitzende der Kommission auf dem im März in Magdeburg stattfindenden Parteitag begründen wird. In der Aufstellung dieser Richtlinien heißt es u. a., daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen kämpfe. Diese Abrüstung werde aber nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung sei, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen sei ein dauernder Friede zu erreichen. Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Abrüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuführen, erkenne die Sozialdemokratische

Partei Deutschlands nicht an. Solange die Gefahr bestehe, daß Deutschland als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden könne, sei die deutsche Republik genötigt, zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrecht zu erhalten, die sich als dienendes Glied in die demokratische Republik anordne.

Um die Reichswehr in diesem Sinne umzugestalten, stelle die Sozialdemokratische Partei Deutschlands u. u. folgende Forderung: Kontrolle des Reichstages über alle Verträge der Heeresverwaltung. Verbot der Bestrafung von Veröffentlichungen über illegale Rüstungen. Beilegung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps und gesetzliche Festlegung eines Mindestkontingents für den aus dem Mannschafstands zu entnehmenden Offiziersersatz. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit

Das sozialistische Endziel bilde eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, eine Gesellschaft ohne Streben von Ausbeutungsgebieten, also ohne Rüstungen und ohne Kriege.

Gruß des Reichskanzlers an Oesterreich.

Reichskanzler Hermann Müller veröffentlicht in der „Neuen Freien Presse“ einen Weihnachtsgruß an die Deutschen in Oesterreich. Er sagt u. a., die einzelnen deutschen Stämme seien außer durch die Sprache und Kultur auch durch das gemeinsame Rechtsbewußtsein zu einer Volksgemeinschaft verbunden. Es dürfe nicht übersehen werden, daß sich schon lange vor dem Kriege Bestrebungen zur Herbeiführung einer Rechtsangleichung geltend gemacht hätten. Wenn seit einigen Jahren diese Bestrebungen härter hervorträten, so müße man darin einen neuen Beweis für das unzerstörbare Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes im Reich und in Oesterreich sehen. Nach schweren Jahren stehe dem deutschen Volke immer noch eine schwere Zukunft bevor. Es werde ihrer nur dann Herr werden können, wenn es in allen großen Fragen sich einig.

Ein Hochstapler unterschrieb den Versailler Vertrag.

Finanzminister Klotz nicht geisteskrank.

Paris. Die drei Psychiater, die den Hochstapler und früheren französischen Justizminister Klotz auf seinen Geisteszustand zu untersuchen hatten, sind einmütig zu dem Urteil gekommen, daß Klotz nicht im geringsten geisteskrank ist und daher für seine Straftaten in vollem Umfange verantwortlich gemacht werden muß. Dem französischen Volke wird also nicht die Peinlichkeit erspart bleiben, daß einer der Männer, die den Versailler Vertrag unterschrieben haben, wegen Wechselfälschung und Ausgabe ungedeckter Schecks ins Gefängnis wandern muß. Ein etwaiger Antrag des Verteidigers auf eine nochmalige ärztliche Untersuchung dürfte kaum Erfolg haben.

Bolivien verlangt von Paraguay Reparationen.

Die Vermittlung durch den panamerikanischen Kongreß.

Genf. Amerikanische Nachrichten besagen, daß das panamerikanische Schiedsgericht zwischen Bolivien und Paraguay aus zwei Mitgliedern der Parteien und aus fünf neutralen Mitgliedern, welche die panamerikanische Konferenz ernannt, bestehen wird. Verhandlungsgegenstand dürften allerdings nur die Kämpfe an der Grenze sein.

Bei Briand sind zahlreiche Glückwunschtelogramme wegen des Eingreifens des Völkerbundes in den südamerikanischen Konflikt eingetroffen, sogar von Costa Rica und Mexiko, die dem Völkerbund nicht angehören. Die Stadt Lugano beabsichtigt, in dem Kursaal, in dem die Verhandlungen des Völkerbundes über die südamerikanische Streitfrage stattfanden, eine optimistische Gedanktafel anzubringen. Damit dürfte dem dringendsten Bedürfnis abgeholfen sein.

Bolivien hat sich bereit erklärt, die Vermittlung des panamerikanischen Kongresses anzunehmen, verlangt aber von Paraguay für den Ueberfall auf ein bolivianisches Grenzfort Reparationen. Die Regierung in La Paz hält es nicht für möglich, die diplomatischen Beziehungen mit Argentinien wieder aufzunehmen.

